

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik am 2. und 3. März 2023, Stockholm, Schweden

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Teilnehmende der deutschen Delegation	2
2 Einführung	2
3 Ablauf der Tagung	2
4 Eröffnungssitzung	2
5 Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine	2
6 Der Strategische Kompass der EU für Sicherheit und Verteidigung – Herausforderungen und Chancen	3
7 Die Arktis	3
8 Prioritäten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik/ Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik	4
9 Erklärung der Ko-Vorsitzenden	5

1 Teilnehmende der deutschen Delegation

An der 22. Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) nahmen folgende Abgeordnete des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordneter **Tobias Bacherle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Abgeordneter **Dr. Marcus Faber** (Delegationsleiter, FDP) und

Abgeordneter **Gerold Otten** (AfD).

2 Einführung

Die IPC GASP/GSVP wurde 2012 durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedsstaaten der EU und des Präsidenten des Europäischen Parlaments auf der Basis des Protokolls Nr. 1 zum Vertrag von Lissabon über die Rolle der nationalen Parlamente in der EU eingesetzt. Die IPC GASP/GSVP ist Teil der parlamentarischen Dimension der EU-Ratspräsidentschaft. Ziel der Konferenz ist der Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zur GASP und GSVP zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament (EP). Dazu treffen die Abgeordneten mit der EU-Ratspräsidentschaft, dem Hohen Vertreter/der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sowie anderen Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission zusammen. Für den Deutschen Bundestag nimmt eine Delegation von bis zu sechs Abgeordneten an der Konferenz teil, die sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen im Bundestag zusammensetzt. Für das Europäische Parlament sind 16 Sitze vorgesehen. Die Konferenz tritt zweimal im Jahr jeweils in dem Mitgliedsstaat der EU zusammen, der die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft innehat.

3 Ablauf der Tagung

Die 22. Tagung der IPC GASP/GSVP fand auf Einladung des schwedischen Parlaments (schwedische EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2023) am 2. und 3. März 2023 in Stockholm statt. An der Konferenz nahmen 113 Delegierte aus 25 nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament sowie 24 Delegierte aus Partnerländern (Georgien, Island, Montenegro, Norwegen, Serbien, Türkei, Ukraine und Vereinigtes Königreich) sowie dem Kosovo teil. Die Konferenz war in eine Eröffnungssitzung und vier thematische Sitzungsblöcke unterteilt. Dabei wurden im ersten Sitzungsblock über den Krieg in der Ukraine debattiert, im Zweiten über die Herausforderungen und Möglichkeiten des Strategischen Kompasses der EU, im dritten Sitzungsblock über die Arktis sowie im letzten Sitzungsblock über die GASP und die GSVP. Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, ließ sich durch den Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes vertreten. Dies wurde von vielen Abgeordneten scharf kritisiert und als Geringschätzung gegenüber den Parlamenten gewertet. Die Ko-Vorsitzenden der Konferenz fassten die Konferenzergebnisse in einer Erklärung zusammen. Diese ist unter Punkt neun dieser Unterrichtung abgedruckt. Die nächste IPC GASP/GSVP wird vom 3. bis 5. September 2023 in Madrid auf Einladung des spanischen Parlaments stattfinden.

4 Eröffnungssitzung

In seiner Eröffnungsrede mahnte der Präsident des schwedischen Parlaments, **Dr. Andreas Norlen** die Notwendigkeit an, Menschlichkeit, Demokratie und die europäischen Werte zu verteidigen. Die EU stehe für Frieden und Rechtsstaatlichkeit. Der Krieg in der Ukraine dürfe nicht verloren werden. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des EP, **David McAllister**, bezeichnete den Krieg in der Ukraine als einen imperialistischen Krieg und einen Anschlag auf die europäische Sicherheitsordnung sowie als eine Zeitenwende mit deutlichen Auswirkungen auf die Sicherheitsarchitektur in Europa. Der geplante NATO-Beitritt von Finnland und Schweden sowie der Beitritt Dänemarks zur GSVP stärke die Sicherheit in Europa dauerhaft und auch die Umsetzung des Strategischen Kompasses der EU werde diese weiter erhöhen.

5 Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine

Der schwedische Minister für Internationale Kooperation, Entwicklung und Außenwirtschaft, **Johan Forssell**, bezeichnete den Krieg Russlands in der Ukraine als einen Angriff auf die Grundfesten unserer offenen und freien Gesellschaften. Man werde die Ukraine in ihrem Kampf bis zum Sieg unterstützen. Dabei werde die EU weiter geeint handeln. Die Russische Föderation müsse isoliert und mit zusätzlichen Sanktionen belegt werden. Der ukrainische Botschafter in Schweden, **Andrii Plakhotniuk**, dankte für die geleistete Hilfe, die die Menschen in

seinem Land niemals vergessen würden. Jede Hilfe sei ein Baustein zum Sieg und ganz besonders dankte er für die Hilfe, die man den vor Krieg und Terror Geflüchteten zukommen ließ. Russland bombardiere gezielt Krankenhäuser, Wohngebiete und Infrastruktur, um die Bevölkerung zu terrorisieren. Verhandlungsbereitschaft sei nicht zu erkennen. Trotz der Terrorisierung der Bevölkerung und der gezielten Zerstörung der Infrastruktur, hoffe man, den Krieg in diesem Jahr zu gewinnen. Die stellvertretende Direktorin der *Swedish Defence Research Agency*, **Carolina Vendil Pallin**, hält den Krieg für nicht auf die Ukraine begrenzt. Vielmehr führe Russland einen zivilisatorischen Krieg gegen den gesamten Westen, da es dessen Werte als Bedrohung und Angriff auf seine Kultur empfinde. Die politische Kontrolle über die gesamte Ukraine zu erlangen, sei daher nur ein erster Schritt. An diesem Ziel halte die Russische Föderation weiter fest. Russland beabsichtige ihrer Ansicht nach, das transatlantische Band zwischen den USA und der EU zu zerschneiden und betrachte die USA als wichtigsten Gesprächspartner in diesem Konflikt. Der Leiter der deutschen Delegation, Abgeordneter **Dr. Marcus Faber**, sprach sich für weitere Waffenlieferungen an die Ukraine aus und forderte die Delegierten auf, in diesem Sinne mit ihren jeweiligen Regierungen zu sprechen. Alle Mitgliedstaaten zeigten sich geschlossen in ihrer Solidarität gegenüber der Ukraine und der Verurteilung des ungerechtfertigten Angriffskrieges der Russischen Föderation. Vor allem die baltischen Staaten und die östlichen Mitgliedstaaten der EU drängten auf weitere Sanktionen gegen Russland und verstärkte Waffenlieferungen an die Ukraine. Der slowakische Delegierte, **Peter Osusky**, berichtete, dass die Slowakei beabsichtige, Kampffjets an die Ukraine zu liefern.

6 Der Strategische Kompass der EU für Sicherheit und Verteidigung – Herausforderungen und Chancen

Der schwedische Verteidigungsminister **Pal Jonson** bezeichnete den russischen Angriffskrieg als die größte Sicherheitsherausforderung seit dem zweiten Weltkrieg und forderte eine schnelle Umsetzung des strategischen Kompasses. Der Krieg habe die Kooperation zwischen der EU und der NATO nochmals vertieft. Er mahnte zur Stärkung der Resilienz gegenüber Cyber-Angriffen. Für die unterstützenden Länder sei es eine große Herausforderung die eigenen Streitkräfte zu modernisieren beziehungsweise zu entwickeln sowie gleichzeitig substantielle Hilfe an die Ukraine zu leisten. Der ehemalige Vorsitzende des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung im Europäischen Parlament, **Arnaud Danjean**, stellte den Strategischen Kompass als das gute Ergebnis einer zehnjährigen Debatte dar. Der Krieg in der Ukraine habe als Katalysator gewirkt und zeige nun die weiteren Herausforderungen auf, auf die es flexibel zu regieren gelte. Er forderte, bei der Umsetzung des Strategischen Kompasses übermäßige Bürokratie zu vermeiden. Wichtig sei, die transatlantischen Beziehungen zu pflegen und gleichzeitig ein eigenes europäisches Sicherheitsprofil zu entwickeln. Die Leiterin der königlich schwedischen Marine, **Ewa Skoog Haslum**, beschrieb die Bedeutung freier und sicherer Handelswege für unsere Gesellschaften. Um die Handelswege und damit auch die wirtschaftliche Entwicklung zu sichern, seien besonders vier Aspekte von Bedeutung. Erstens eine schnelle Reaktionsfähigkeit, zweitens, gute Mobilität, garantiert durch eine gute Kooperation zwischen der NATO und der EU, drittens, maritime Sicherheit und Schutz der Seewege sowie viertens, eine internationale Partnerschaft für die Entwicklung, Beschaffung und Ausrüstung. In der Debatte wurde besonders die zu langsame Umsetzung des Strategischen Kompasses kritisiert und eine verbesserte nachrichtendienstliche Zusammenarbeit in der EU gefordert.

7 Die Arktis

Die ehemalige schwedische Außenministerin **Ann Linde** stellte dar, dass die Arktis eine Grenze zwischen dem Westen und dem Osten darstelle und viele Naturressourcen beherberge. Durch den Klimawandel entstünden neue Schifffahrtsrouten und durch die Ausbeutung von Ressourcen neue Umweltrisiken. Russland habe derzeit den Vorsitz im Arktischen Rat (2021-2023), jedoch sei das Gremium aufgrund des Krieges in der Ukraine derzeit inaktiv. Der Professor für Militärstrategie und Operationen, **Tormod Heier**, referierte über die strategische Lage der Arktis. Eine stabile und spannungsfreie Region mit hoher Transparenz und Vorhersehbarkeit wäre das Ziel der Entwicklung im arktischen Raum. Eine Eskalation des Krieges der russischen Föderation auf das Gebiet der Arktis müsse vermieden werden. Russland müsse abgeschreckt werden, bei gleichzeitigen Angeboten zur Kooperation. Er empfahl der EU in Schiffe und Flugzeuge zu investieren, um die Präsenz in der Arktis zu erhöhen und dadurch mehr Sicherheit zu erreichen. Es wurde in der Debatte die Bedeutung der Arktis für Wirtschaft, Umwelt und Sicherheit dargestellt und eine Entwicklung zum Wohle der Bewohner und indigenen Völker angemahnt.

8 Prioritäten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik / Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Der Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes, **Stefano Sannino**, sprach über die Herausforderungen der GASP und GSVP. Der Krieg in der Ukraine, der Umgang mit China sowie die Partnerschaft mit dem globalen Süden seien die dringlichsten. Derzeit besonders im Fokus stehe die Beschaffung und Lieferung von Munition an die Ukraine und die Wiederauffüllung der Bestände der Armeen der Mitgliedsstaaten. Insgesamt habe die EU bereits über 67 Milliarden Euro an Hilfe geleistet und zehn Sanktionspakete gegen Russland beschlossen. Zudem prüfe man die Möglichkeiten des Aufbaus eines Strafgerichtshofes, um die begangenen Kriegsverbrechen zu ahnden. Mit Bezug auf China sagte Stefano Sannino, dass die EU eine Strategie entwickle, in der China als Wettbewerber und strategischer Rivale betrachtet werde. Insgesamt beobachte man eine Verschlechterung der Beziehungen zu China, welches nationalistischer und zentralistischer agiere. Abgeordneter **Tobias Ba-cherle** stellte fest, dass die Demokratie in vielen Ländern unserer Nachbarschaft zurückgedrängt werde. Die Entwicklung in Tunesien erwähnte er als Beispiel. Europa müsse sich dieser Entwicklung entgegenstellen.

Berlin, den 2. April 2023

Dr. Marcus Faber

Delegationsleiter

9 Erklärung der Ko-Vorsitzenden

Wir, die Ko-Vorsitzenden der 21. Interparlamentarischen Konferenz,

1. begrüßen die Entschlossenheit und das Bekenntnis der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten zur Stärkung der an Regeln gebundenen internationalen Ordnung und zur Verteidigung der demokratischen Grundsätze weltweit. Wir stellen fest, dass der russische Angriffskrieg weiterhin beispiellose geopolitische Verschiebungen in Europa verursacht. Wir unterstreichen, dass ein Engagement durch Multilateralismus die einzige tragfähige Methode ist, um monumentale globale Herausforderungen wie den Klimawandel und die Energiekrise zu überwinden und die Einflussnahme durch autoritäre Akteure zu verhindern;
2. bekräftigen erneut die entscheidende Rolle, die die Parlamente bei der Überwachung und Kontrolle der EU-Außenbeziehungen spielen und fordern eine stärkere Einbeziehung der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments in die Diskussionen über die Soft Power und Hard Power der EU. Wir stellen die Notwendigkeit einer stärkeren und wirksameren EU-Außen- und Sicherheitspolitik fest, beispielsweise durch die Anwendung effizienterer Entscheidungsverfahren;

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine

3. verurteilen den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine auf das Schärfste und fordern den sofortigen und bedingungslosen Abzug der russischen Streitkräfte aus dem gesamten ukrainischen Staatsgebiet einschließlich der Krim. Wir unterstreichen die Entschlossenheit der EU, die Ukraine mit der militärischen Ausrüstung und Ausbildung, die sie benötigt, auszustatten, unter anderem durch die Nutzung der Europäischen Friedensfazilität in nie dagewesenem Umfang sowie bilateral durch die Mitgliedstaaten, um ihre Bürgerinnen und Bürger zu verteidigen und die effektive Kontrolle über ihr gesamtes Staatsgebiet innerhalb seiner international anerkannten Grenzen zurückzugewinnen;
4. unterstreichen die Notwendigkeit, bis zum Rückzug Russlands aus dem gesamten ukrainischen Staatsgebiet weitere Sanktionen vorzubereiten und anzuwenden. Wir fordern die Beseitigung aller Möglichkeiten zur Umgehung der Sanktionen und Umleitung von Geldern über Drittländer. Wir begrüßen den Beschluss des Rates, in Reaktion auf die Beteiligung der Republik Belarus und der Islamischen Republik Iran restriktive Maßnahmen zu verhängen, da sie Killerdrohnen an die Russische Föderation liefern, die diese gegen die Ukraine, insbesondere Zivilisten, einsetzt;
5. rufen die EU und ihre Partnerstaaten auf, ihre Aktivitäten zur Verwendung der eingefrorenen und immobilisierten Vermögenswerte zwecks Unterstützung des Wiederaufbaus der Ukraine und zu Entschädigungszwecken im Einklang mit dem Europarecht und dem Völkerrecht zu verstärken;
6. schließen uns der vom Europäischen Rat geäußerten nachdrücklichen Verpflichtung zur Rechenschaftspflicht an und begrüßen die entsprechenden Maßnahmen der EU und der internationalen Gemeinschaft, darunter die Schaffung eines geeigneten Mechanismus zur strafrechtlichen Verfolgung des Verbrechens der Aggression, das für die gesamte internationale Gemeinschaft von Bedeutung ist;
7. begrüßen den Beschluss, der Ukraine den Beitrittskandidatenstatus zu gewähren. Wir erinnern daran, dass die Erweiterung eine der erfolgreichsten Politiken der EU und eine geostrategische Investition in langfristigen Frieden, Stabilität und Sicherheit auf dem Kontinent ist. Wir bekräftigen erneut, dass der Beitrittsprozess sich wieder auf die Grundsätze der Demokratie, der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit konzentrieren und mit einer echten Versöhnung sowie einer sorgfältigen Abstimmung der Politik einschließlich der GASP einhergehen sollte;
8. bekräftigen erneut, dass die Zukunft der Bevölkerung der Westbalkanländer sowie der Ukraine, Moldaus und Georgiens in der EU liegt. Wir unterstreichen die Notwendigkeit, die Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen, böswilliger Einflussnahme, Falschinformation und Einmischung von außen in die demokratischen Prozesse auf dem Westbalkan erheblich zu stärken. Wir rufen dazu auf, die Bemühungen um die Förderung der Rolle und der Vorteile der Erweiterung und einer engen Partnerschaft zwischen der EU und dem Westbalkan zu verstärken;
9. unterstreichen die Notwendigkeit, die transatlantische Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA im Zusammenhang mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine mittels einer ehrgeizigen transatlantischen Agenda auf der Grundlage des Prinzips einer gleichberechtigten Partnerschaft bei Führung und Verantwortung weiter zu stärken und dabei der Autonomie sowie der Besonderheiten, Interessen und Bestrebungen des Gegenübers Rechnung zu tragen. Wir empfehlen, regelmäßig und mindestens einmal jährlich Gipfeltreffen

zwischen der EU und den Vereinigten Staaten durchzuführen, um der transatlantischen Zusammenarbeit anhaltende Impulse auf höchster Ebene zu verleihen. Wir begrüßen die Einrichtung eines neuen Sicherheits- und Verteidigungsdialogs zwischen der EU und den USA als wichtigen Meilenstein für eine engere transatlantische Kooperation;

10. unterstreichen die Notwendigkeit, den Dialog mit dem Vereinigten Königreich (VK) über mögliche Wege für eine künftige Zusammenarbeit und Koordinierung bei der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik gemäß den Bestimmungen der Politischen Erklärung und innerhalb des Rahmens der Partnerschaft zwischen der EU und der NATO, der Vereinten Nationen, der Europäischen Politischen Gemeinschaft und anderen internationalen Foren zu verstärken. Wir fordern nachdrücklich eine engere Zusammenarbeit zwischen der EU und dem VK, da wir gemeinsamen Herausforderungen bei außen- und sicherheitspolitischen Fragen gegenüberstehen. Wir begrüßen die gute Zusammenarbeit zwischen der EU und dem VK bei der Unterstützung für die Ukraine und insbesondere die Beteiligung des VK am Projekt für militärische Mobilität;
11. verurteilen Russlands Einmischung in Afrika, insbesondere durch die zunehmende Präsenz der sogenannten Wagner-Gruppe auf dem Kontinent. Wir rufen zu einer Zusammenarbeit zwischen Afrika und Europa auf, um Solidarität, Sicherheit, Frieden und dauerhaften Wohlstand zu fördern, und fordern rasches Handeln seitens der EU, um der wachsenden russischen Präsenz durch die Wagner-Gruppe zu begegnen;
12. betonen die Bedeutung der Stärkung der Beziehungen zu Lateinamerika und der Karibik (LAK) durch die Aktualisierung der Strategie der EU für LAK, insbesondere vor dem Hintergrund des zunehmenden und unverhältnismäßig großen Einflusses der Volksrepublik China und Russlands in der Region im Vergleich zur EU sowie der wachsenden Bedrohungen für die europäischen Lieferketten aufgrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine;
13. betonen die geopolitische Bedeutung der „Global Gateway“-Strategie, die bahnbrechend für die EU-Partnerschaften mit anderen Ländern der Welt sein könnte. Wir erkennen die dringende Notwendigkeit eines inklusiven Modells für die Zusammenarbeit im Bereich der Konnektivität auf der Grundlage der den Partnerländern angebotenen demokratischen Werte an, das über das Potenzial verfügt, gemeinsame Herausforderungen wirksam anzugehen und Beziehungen anstatt Abhängigkeiten zu schaffen. Wir rufen dazu auf, Global Gateway in einem Team-Europe-Ansatz umzusetzen, da die Investitionen von Global Gateway nur das erforderliche Ausmaß erreichen sowie greifbare und sichtbare Auswirkungen vor Ort erzielen können, wenn sie von den kollektiven Fähigkeiten unterstützt werden, die alle EU-Institutionen, die Mitgliedstaaten, ihre Institutionen für die Entwicklungsfinanzierung, die Europäische Investitionsbank, die Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und den europäischen Privatsektor mobilisieren;

Der Strategische Kompass der EU für Sicherheit und Verteidigung – Herausforderungen und Chancen

14. begrüßen die neuen EU-Initiativen zur Verbesserung der europäischen Sicherheit und Verteidigung und der Fähigkeiten der EU-Mitgliedstaaten, insbesondere nach der Erklärung von Versailles und der Verabschiedung des Strategischen Kompasses. Wir erinnern daran, dass der vom Rat im März 2022 verabschiedete Strategische Kompass der EU und ihrer Mitgliedstaaten strategische Leitlinien und die Instrumente an die Hand gibt, damit sie ihre Verteidigungsfähigkeit verbessern, ein echter Sicherheitsgarant in einem zunehmend feindlichen globalen und regionalen Umfeld und ein durchsetzungsstärkerer globaler Akteur für Frieden und menschliche Sicherheit werden. Wir fordern eine sorgfältig austarierte Umsetzung des Strategischen Kompasses gemäß den festgelegten Fristen und Verpflichtungen in seinen vier wichtigen Pfeilern:
 - a. Handeln: Erhöhung der Zahl ihrer Expertinnen und Experten für GSVP-Missionen, Verbesserung der militärischen Mobilität, Stärkung von GSVP-Missionen und -Operationen und bessere Nutzung der europäischen Friedensfazilität sowie Schaffung von Krisenreaktionsfähigkeiten;
 - b. Sichern: Verbesserung der Analyse nachrichtendienstlicher Erkenntnisse, Entwicklung von Reaktionsteams für ein Instrumentarium gegen hybride Angriffe, Entwicklung der Cyber-Toolbox und Einrichtung einer Cyberabwehrpolitik, Entwicklung eines Instrumentariums für die Beeinflussung von Informationen und Einmischung aus dem Ausland, Entwicklung einer Weltraumstrategie für Sicherheit und Verteidigung und Stärkung der EU als Akteur für die maritime Sicherheit;

- c. Investieren: beträchtliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben und Stärkung der industriellen und technologischen Verteidigungsbasis Europas, Investition in strategische Enabler und in Fähigkeiten der nächsten Generation, Verbesserung der rüstungstechnologischen Innovationen und Verringerung der technologischen und industriellen Abhängigkeit;
 - d. mit Partnern zusammenarbeiten: Verstärkung der Zusammenarbeit mit strategischen Partnern, insbesondere der NATO und den VN, Entwicklung bilateraler Sicherheits- und Verteidigungsdialoge mit gleichgesinnten Partnern;
15. begrüßen die dritte Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO und fordern die EU und diejenigen Mitgliedstaaten, die ebenfalls Bündnispartner der NATO sind, auf, die kohärente Umsetzung der im Strategischen Kompass, dem Strategischen Konzept der NATO und in der dritten Gemeinsamen Erklärung hervorgehobenen Ziele und Prioritäten zu gewährleisten. Wir unterstreichen, dass diese von der EU und der NATO verabschiedeten strategischen Dokumente eine weitere Intensivierung der Beratungen und der Zusammenarbeit erfordern, damit die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger der EU verbessert und Frieden und Stabilität im euroatlantischen Raum und über seine Grenzen hinaus gefördert werden;

Die Arktis

16. beklagen den Stillstand bei der dringend benötigten gesamtarktischen Kooperation aufgrund der Handlungen Russlands. Wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, die negativen Spill-Over-Effekte der Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auf die Arktis zu mildern, in der die Erhaltung von Frieden, Wohlstand und Stabilität eine Priorität bleiben sollte. Wir äußern unsere Besorgnis angesichts der russischen Militäraktivitäten in der Arktis, bekräftigen erneut die strategische Bedeutung der Region und rufen zu einem stärkeren Engagement der EU in der Region auf;
17. erkennen die strategische Bedeutung der Arktis für die EU angesichts des Klimawandels, der Industrie- und Wirtschaftspolitik, der freien Schifffahrt sowie des geostrategischen Einflusses an, insbesondere in Anbetracht der zunehmenden russischen und chinesischen Interessen und Aktivitäten in der Region.

